DAS MAGAZIN
DER BAYERISCHEN GRÜNEN



MUT KOMMT VON MITEINANDER

APRIL 2021

EVA LETTENBAUER:
AUFS MITEINANDER SETZEN: SO GEHT GRÜNE SOZIALPOLITIK

KATHARINA SCHULZE:
YES WE CARE! SOZIALE BERUFE STÄRKEN.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BAYERN

NACHLESE

#GEBALLTER FEMINISMUS

Zum diesjährigen Frauentag am 8. März konnten wir leider nicht wie üblich gemeinsam auf die Straße gehen, um uns für Gleichberechtigung und Frauenrechte einzusetzen. Stattdessen haben wir unsere Forderungen einfach ins Netz getragen!

Denn gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass es auf dem Weg zu echter Geschlechtergerechtigkeit noch viel zu tun gibt: Frauen haben sich im Schnitt häufiger um die Betreuung ihrer Kinder gekümmert, als die Kitas und Schulen geschlossen waren. Die Arbeitsbelastung in Care-Berufen ist durch die Pandemie enorm gestiegen – auch hier arbeiten vor allem Frauen. Und die Fälle von häuslicher Gewalt haben ebenfalls zugenommen.

Wir wollen, dass sich die Situation für Frauen in Deutschland endlich verbessert – in Zeiten von Corona und darüber hinaus. Denn immer noch ist es in Deutschland bittere Realität: Jeden Tag versucht ein (Ex-)Partner eine Frau umzubringen. Jeden dritten Tag gelingt es. In DAX-Vorständen sitzen mehr Männer, die Thomas heißen, als Frauen. Frauen über 65 sind zu 20 % häufiger von Altersarmut betroffen. Und es ist in Deutschland ein Steuervorteil, wenn die Frau ihren Beruf an den Nagel hängt, sobald Kinder da sind.

Doch damit ist jetzt Schluss. Unter dem Hashtag #GeballterFeminismus haben wir deutschlandweit klar gemacht: Wir brauchen eine echte Frauenquote und gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Wir brauchen garantierte, flächendeckende Kinderbetreuung, damit Frauen sich nicht zwischen Kind und Karriere entscheiden müssen (und Männer auch nicht). Frauen brauchen finanzielle Unabhängigkeit und Schutz vor Gewalt. Wir brauchen Männer, die sich vom Patriarchat emanzipieren. Und endlich eine Regierung, die das alles auch umsetzt!

Denn uns GRÜNEN ist klar: Dinge ändern sich nur, wenn sich Strukturen ändern. Auch deshalb setzen wir schon seit vielen Jahren auf unser grünes Frauenstatut. Das heißt: Mindestens jeder ungerade Platz muss von einer Frau besetzt werden, ob auf der Bundestagsliste oder im Ortsvorstand. Heute sind wir GRÜNE die Partei mit dem größten Frauenanteil – und das mit weitem Abstand zu den anderen Parteien. Mit 43% liegen wir in Bayern sogar etwas über dem grünen Bundesdurchschnitt. Die Folge: Bei uns sind viele Frauen auf allen Ebenen aktiv und machen gute, erfolgreiche Politik, für Bayern und für ganz Deutschland. Und auch hier geht noch mehr, also auf geht's!



LEXIKON

PFLEGEKAMMER



Wer eine Pflegekraft kennt, hat sicher schon mit ihr über die hohe Arbeitsbelastung in der Pflege gesprochen. Die Corona-Krise hat diese wichtige Debatte nun auch in unsere Gesellschaft getragen. Wie erhalten Pfleger*innen endlich die Arbeitsbedingungen und Bezahlung, die sie verdienen? Mit einer bayerischen Pflegekammer! Sie gibt Pflegekräften mehr Mitspracherechte. Eine Pflegekammer vertritt und fördert die beruflichen Belange der Pflegenden und stellt professionelle Pflege für die Bürger*innen sicher. In einer Pflegekammer sind alle Pflegenden automatisch Mitglieder. Gerade diese Pflichtmitgliedschaft ermöglicht einen großen Einfluss der Kammer in unserer Gesellschaft. Pflegekräfte können ihre Interessen so gegenüber der Politik und anderen Akteur*innen im Gesundheitswesen stärker vertreten. Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren für eine bayerische Pflegekammer ein – und machen weiter, bis Pflegekräfte die Arbeitsbedingungen haben, die sie verdienen!



Foto: Andreas Gebert

EVA LETTENBAUER, LANDESVORSITZENDE

AUFS MITEINANDER SETZEN: SO GEHT GRÜNE SOZIALPOLITIK

Wie geht's euch in der Corona-Krise? Hab ihr euren Jahresurlaub schon aufgebraucht, weil für eure Kinder kein Platz in der Notbetreuung war? Arbeitet ihr im Krankenhaus oder Pflegeheim und eure Überstunden gehen durch die Decke? Macht ihr euch Sorgen um euren Job? Seid ihr manchmal einsam? Oder habt ihr ein ruhigeres Leben seit Corona schätzen gelernt?

Diese Krise trifft uns alle – aber nicht alle gleich. Es ist für uns alle die erste Pandemie unseres Lebens, und sie dauert nun schon viel zu lange. Maßnahmen sind weiter nötig, um unsere Gesundheit zu schützen, aber sie tun weh und haben Folgen für viele von uns – da gibt es nichts schönzureden. Was ihr wie alle Menschen in Bayern aber zu Recht erwarten könnt: eine Regierung, die eure Leistungen und Sorgen anerkennt. Die alles dafür tut, um soziale Härten abzumildern. Die eine langfristige Strategie verfolgt, um das Leben mit der Pandemie planbar zu machen, anstatt euch alle zwei Wochen mit neuen Beschlüssen zu überrumpeln. Ihr habt eine Regierung verdient, die demütig ist und aus dieser Krise lernt. Und es gibt viel zu lernen: Menschen in sozialen Berufen müssen in Würde arbeiten können. Der Staat darf Menschen mit Behinderung nicht einfach vergessen. Und er muss junge Menschen auch und gerade dann fördern, wenn sie sich nicht mal eben einen Laptop leisten können.

Die Staatsregierung schert sich nicht um das soziale Miteinander. Im März durften die Baumärkte noch vor den Schulen und Kitas öffnen, Pflegekräfte haben ihre mickrige Einmalzahlung längst ausgegeben. Das wissen wir GRÜNE aus erster Hand, weil viele von uns selbst in sozialen Berufen arbeiten – ob als Krankenpfleger, Sozialarbeiterin oder Physiotherapeut. Für mich ist klar: Bayern darf nicht mehr nur an den Symptomen herumdoktern. Wir brauchen ein System-Update für mehr sozialen Zusammenhalt.

Über

75%

aller Angestellten in systemrelevanten Berufen sind Frauen. Bessere Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen bedeuten also auch mehr Gleichstellung!

Quelle: Deutscher Frauenrat

Wie das geht? Erste Vorschläge haben wir Anfang des Jahres in unserem Miteinander-Plan vorgelegt. Er steckt voller Ideen, die langfristig wirken – und die sich trotzdem sofort umsetzen lassen, wenn der politische Wille da ist.

Wir wollen soziale Berufe dauerhaft stärken. Die Pflege braucht endlich eine Lobby! Bayern kann heute eine eigene Pflegekammer gründen und Pflegenden eine laute, organisierte Stimme geben. Die braucht es, damit endlose Überstunden endlich Geschichte sind.

Corona hat unser Leben digitaler gemacht: Wir lernen, arbeiten und informieren uns mehr denn je online – zumindest, wenn die Internetverbindung mitmacht. Daran fehlt es noch vielerorts in Bayern. Dabei müssen alle Menschen schnelles Internet haben – auch und gerade, wenn sie auf dem Land leben. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir brauchen Glasfaser-Kabel in jedes Haus! Mit 500-Euro-Gutscheinen für Haushalte wollen wir GRÜNE den Ausbau kräftig anschieben.

Für ein gutes Miteinander braucht es auch Vertrauen und ein gemeinsames Verständnis davon, was wahr ist und auf welcher Basis die Politik Entscheidungen trifft. Rechte Kreise bringen Verschwörungsmythen in Umlauf, die dieses Vertrauen zersetzen sollen. Wir wollen ehrenamtliche Initiativen fördern, die solche Unwahrheiten entlarven und sich gegen Rechts engagieren. Bayerische Unternehmen wollen wir dafür gewinnen, ihre Mitarbeitenden für eine Ehrenamtsstunde im Monat freizustellen. Denn alle sollen die Möglichkeit haben und es sich leisten können, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Bei unserem Kleinen Parteitag am 26. Juni entwickeln wir diese Ideen weiter und beschließen ein umfassendes Programm für mehr Miteinander in Bayern. Ihr seid herzlich eingeladen, euch zu beteiligen! Ab Mitte Mai stellen wir als Landesvorstand unseren Entwurf unter bayern.antragsgruen.de/kpt21 zur Diskussion. Falls ihr schon vorher Ideen einbringen möchtet, schreibt gerne an landesvorstand@gruene-bayern.de.

Zuerst einmal steht aber ein weiterer Parteitag an: Am 17. und 18. April stellen wir unsere bayerische Landesliste für die Bundestagswahl auf – und wir wählen eine*n neue*n Landesvorsitzende*n. Eike Hallitzky tritt nach sechseinhalb Jahren als Landesvorsitzender nicht mehr an. Eike hat die bayerischen GRÜNEN in einer wegweisenden Phase entscheidend mitgeprägt. Er hat mit euch dazu beigetragen, dass wir nun klar zweitstärkste Kraft in Bayern sind – und zwar in Stadt und Land. Lieber Eike, wir sagen von Herzen Danke für deine Arbeit!

Mit unserer starken Landesliste nehmen wir uns dann ein neues Ziel vor: Bei der Bundestagswahl kämpfen wir um Platz 1. Denn nicht nur in Bayern, auch im Bund müssen wir die Weichen in der Sozialpolitik neu stellen. Wir brauchen endlich faire Regeln auf dem Wohnungsmarkt, denn Wohnen ist ein Grundrecht. Wir müssen ein soziales Netz aufspannen, das alle auffängt. Lasst uns für eine Grundsicherung kämpfen, die ihren Namen verdient! Gesundheit ist keine Ware, deshalb darf der Staat auch nicht erwarten, dass Krankenhäuser Gewinne abwerfen. So nehmen wir den Druck raus und es macht endlich wieder Spaß, in der Pflege zu arbeiten.

Vielleicht läuft unser Parteitag gerade, während du dieses Heft liest. Unter gruene-bayern.de/ldk21 findest du währenddessen einen Livestream – und hinterher alle Ergebnisse.

Eines weiß ich jetzt schon: Unsere Liste wird so vielfältig wie nie. Denn auch das gehört für uns zu einem guten Miteinander: Alle Menschen in unserem Land müssen mitreden und mitentscheiden dürfen – egal, wie alt sie sind, welchen Beruf sie haben, wo sie herkommen oder wen sie lieben.

Eva Lettenbauer

5,2

Millionen

Menschen in Bayern engagieren sich ehrenamtlich. Wir wollen Firmen fördern, die ihre Mitarbeitenden dabei unterstützen.

Quelle: Innenministerium

12.000

Pflegekräfte fehlen alleine in Bayerns Krankenhäusern.

Quelle: ver.di

Jede*r dritte

Azubi bricht die Pflegeausbildung schon in der Probezeit ab – aus Überlastung.

Quelle: BR



HINTERGRUND

ARMUT BEKÄMPFEN, SPALTUNG VERHINDERN

Sarah-Lee Heinrich ist Aktivistin für soziale Gerechtigkeit und Beisitzerin im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND. In ihrem Gastbeitrag bezieht sie klar Stellung, was die nächste Bundesregierung bei der Armutsbekämpfung aus ihrer Sicht besser machen muss.

Dreizehn Millionen. Jede sechste Person. So viele Menschen leben in Deutschland in Armut. Diese Zahl irritiert aufgrund ihrer Höhe – denn in der öffentlichen Debatte scheint es oft so, als seien Menschen in Armut eine kleine Randgruppe in der Gesellschaft. Und sie irritiert, weil sie die Frage aufwirft: Wie kann es in einem reichen Land so viel Armut geben? Aber ein reiches Land zu sein, heißt nicht unbedingt, dass der Wohlstand bei allen ankommt: 66 Prozent des Reichtums liegen bei 10 Prozent der Gesellschaft. Der Großteil der Bevölkerung hat wenig bis gar kein Vermögen oder ist verschuldet. Die Haupt-Leidtragenden sind oft Frauen, alleinerziehende Mütter und Menschen mit Migrationsgeschichte, die unter den widrigsten Bedingungen in Deutschland arbeiten oder unbezahlte Arbeit leisten, um den Laden am Laufen zu halten. Diese soziale Ungleichheit ist nicht naturgegeben. Sie existiert, weil sie politisch toleriert und nicht bekämpft wird.

Die Einführung von Hartz IV und der Ausbau des Niedriglohnsektors unter der Agenda 2010 fallen unter die Kategorie „Politik, die Armut toleriert und hervorbringt". Um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, sollten damals die Kosten für Arbeitgeber*innen gesenkt werden. Doch das Aushebeln von Arbeitnehmer*innenrechten und niedrigere Löhne sind vielleicht für die Profite von Unternehmen attraktiv. Für das Leben der Beschäftigten haben sie teils verheerende Auswirkungen. Zusätzlich wurde mit Hartz IV eine Drohkulisse aufgebaut, damit sich niemand mehr traut, diese schlechten Jobs abzulehnen. Denn eine Grundsicherung mit einem Regelsatz unter dem Existenzminimum und der beständigen Angst vor Sanktionen stellt keine wirkliche Alternative dar. So nehmen die Menschen lieber schlechte Jobs an und sehen sich mehr oder weniger gezwungen, arbeiten zu gehen, um die Chance auf ein würdevolles Leben zu erhalten.

Was also ist zu tun? Es braucht eine Politik, die sich an die Seite der arbeitenden Menschen stellt und ihr Recht auf ein gutes Leben verteidigt – ein Leben in Würde, frei von Armut und Unsicherheit. Es wird Zeit, dass soziale Ungleichheit, Armut und Ausbeutung nicht länger toleriert, sondern politisch bekämpft werden.

Schnell wird klar: Entgegen der öffentlichen Darstellung befindet sich der Großteil der Menschen in Armut in Arbeitsverhältnissen. Deswegen heißt Armutsbekämpfung, den Niedriglohnsektor zurückzudrängen. Niemand darf mehr Profite mit der Armut anderer Menschen machen dürfen! Die sofortige Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ist lange überfällig und muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Auf der anderen Seite brauchen Menschen die Sicherheit, unter keinen Umständen unter das Existenzminimum zu fallen. Hartz IV gehört abgeschafft und durch eine starke Garantiesicherung ersetzt, mit einem armutsfesten Regelsatz und frei von jeglichen Sanktionen.

Nach langer Zeit haben wir in diesem Jahr die Chance, die großen Blockierer sozialer Gerechtigkeit aus der Bundesregierung zu werfen und das Leben der Menschen handfest zu verbessern. Packen wir es an!

Susann Freiburg

„WIR PFLANZEN EINEN BAUM FÜR JEDES BABY“



Susann Freiburg ist seit 2020 grüne Stadträtin in Lichtenfels. Ihre Fraktion hat einen Antrag gestellt, der Artenschutz, Klimaschutz und Familienfreundlichkeit vereint: Für jedes neugeborene Baby kann in Zukunft ein Baum auf öffentlichem Grund gepflanzt werden. Über die Zeit entsteht so eine herrliche Streuobstwiese.

Wie entstand eure Idee?
Die Idee haben wir für unser Programm zur Kommunalwahl 2020 entwickelt. Es hieß „Mit Vögeln ist das Leben schöner: Artenvielfalt erhalten!“ und hat uns sogar einen Artikel in der BILD-Zeitung eingebracht. Wir wollten im neuen Stadtrat mit einer Charme-Offensive starten und als Erstes einen Antrag einbringen, den man eigentlich gar nicht ablehnen kann.
Was ist das Tolle daran?
Es stärkt die Bindung an deinen Wohnort, wenn du für dein neugeborenes Baby dort einen Baum pflanzen darfst. Mehr Bäume machen Lichtenfels zu einem lebenswerteren Ort für alle und sind wichtig für ein gutes Klima. Sie kühlen die Luft und speichern Wasser – in einer trockenen Region wie unserer ist das besonders wichtig. Und eine Streuobstwiese bietet viel Nahrung für Insekten, Vögel und Säugetiere. Das ist gut für die Artenvielfalt. Unser Antrag ging ohne Gegenstimme durch. Jetzt ist die Verwaltung am Zug und muss klären, welche Fläche sich am besten eignet.
Was tut ihr sonst noch für mehr Klimaschutz?
Zuletzt haben wir gleich fünf Anträge eingebracht. Wir finden, dass die Stadt eine*n Klimaschutzbeauftragte*n einstellen und selbst nur noch umweltfreundliche Produkte kaufen soll. Wir wollen ungenutzte Wärmequellen aufspüren und Energie einsparen. Und wir brauchen ein umfassendes Grünflächenkonzept für mehr Schatten und frische Luft. Dabei ziehen die anderen Parteien leider noch nicht so mit, wie wir uns das vorgestellt haben. Aber wir bleiben dran, denn es hilft ja nix: Wir müssen endlich vorankommen beim Klimaschutz.

Britta Walthelm

„ICH BRINGE NÜRNBERG GUT DURCH DIE KRISE“



Britta Walthelm ist Stadträtin und seit Mai 2020 hauptamtliche Referentin für Umwelt und Gesundheit in der größten Stadt Mittelfrankens. Damit verantwortet sie auch das Corona-Krisenmanagement für über eine halbe Million Bürger*innen. Und ganz nebenbei kämpft sie auch noch gegen die Klimakrise.

Hättest du gedacht, dass Corona so lange dauert?
Als ich am 11. Mai 2020 vereidigt wurde, waren die Infektionszahlen zuvor wochenlang nur gesunken. Damals dachte ich noch: „Zum Glück ist das Schlimmste jetzt vorbei.“ Das war natürlich ein totaler Trugschluss. Heute nimmt Corona bis zu 75 Prozent meiner Arbeitszeit ein.
Was war die größte Herausforderung?
Im Winter mussten wir unser Gesundheitsamt mit rund 300 neuen Mitarbeiter*innen verstärken. Innerhalb einer Woche haben wir 100 voll ausgestattete, sichere Arbeitsplätze in der Meistersingerhalle eingerichtet. Corona fordert uns sehr. Ich bin ja aber auch für das Zukunftsthema Klimaschutz verantwortlich. Alles unter einen Hut zu bekommen ist eine große Herausforderung. Nürnberg muss klimaneutral werden: Auch daran arbeite ich jeden Tag.
Wie grün ist das Nürnberger Corona-Management?
Wir achten sehr darauf, dass die Balance stimmt zwischen den notwendigen Einschränkungen und den Bedürfnissen der Menschen. Wir setzen Kinder und Bildung an die erste Stelle und tun alles, um sicheren Unterricht in der Schule zu ermöglichen. In den Heimen lassen wir Besuche unter strengen Regeln zu. Niemand soll alleine durch diese Krise gehen müssen.
Was wünschst du dir für die nächsten Monate?
Zum einen, dass wir die Pandemie überwinden und alle eine Impfung erhalten, die das möchten. Dann steigt hoffentlich wieder die Aufmerksamkeit für die Klimakrise. „Fight every Crisis!“ heißt es bei Fridays for Future. Mit diesem Spruch kann ich mich natürlich besonders gut identifizieren.

BUNDESTAGSWAHL

WAS IST DEIN WAHLKAMPF-STYLE?

Es gibt viele Arten, wie du dich mit uns für wirksamen Klimaschutz und mehr Zusammenhalt einsetzen kannst! Finde heraus, welche am besten zu dir passt:



Easygoing

Du hast eigentlich gar keine Zeit? Dann spende doch einfach! Zum Beispiel ein Plakat an einem Ort deiner Wahl unter plakat.gruene.de. Oder du gibst uns freie Hand, wo wir dein Geld einsetzen: gruene-bayern.de/spenden. Schon mit 20 Euro können wir zum Beispiel durch Online-Werbung viele Leute zusätzlich erreichen.

Echtes Leben

Du sitzt eh schon den ganzen Tag am PC und willst lieber rausgehen und anpacken? Dann melde dich vor Ort bei deinen GRÜNEN! Plakate kleben, Flyer verteilen oder an Haustüren klingeln, falls Corona es zulässt: Es gibt viel zu tun. Hier findest du den Kontakt zu deinem Kreisverband: gruene-bayern.de/gruene-vor-ort



Digital Native

Du bist im Internet daheim und willst auch dort zeigen, dass du hinter den grünen Ideen stehst? Dann folge unseren Accounts auf Social Media, teile unsere Posts, lass Likes und Kommentare da. Setz dem Hass im Netz deine Liebe entgegen und engagier dich auch in der grünen Netzfeuerwehr. Alle Links unter gruene-bayern.de/social



Tiefeintaucher*in

Du möchtest dich erst noch weiter informieren, bevor du loslegst? Unter kampagnenhandbuch.de kannst du von A bis Z nachlesen, worauf es im Wahlkampf ankommt. Wenn du lieber Videos magst, schau dir die Webinar-Mitschnitte unter gruenlink.de/1uyn an.
Weitere Angebote findest du unter gruene-bayern.de/schulungen



Multitasking

Die König*innen-Disziplin: Du kombinierst alle anderen vier Styles zu deinem ganz eigenen Mix. Dir wird dein Kaltgetränk bei der Wahlparty am 26. September besonders gut schmecken. Wir freuen uns, wenn du als Super-Wahlkämpfer*in auch anderen dabei hilfst, den Wahlkampf-Style zu entdecken, der zu ihnen passt.



Praktisch für alle

Installier die grüne Mitglieder-App unter gruene.de/apps und aktivier die Push-Nachrichten – so erfährst du die wichtigsten Neuigkeiten zum Wahlkampf besonders schnell.

UNSER FAHRPLAN – BITTE EINSTEIGEN!

17.–18. April
Parteitag zur Aufstellung der bayerischen Landesliste

11.–13. Juni
Bundesparteitag zur Verabschiedung des Regierungsprogramms

Juli
Wir stellen unsere Kampagne der Öffentlichkeit vor

18. Juli
Landesliste und Kreiswahlvorschläge müssen beim Landeswahlleiter sein

31. Juli und 1. August
Wahlkampf-Camps in Nord- und Südbayern

Anfang August
Beginn der heißen Wahlkampfphase, Tour-Auftakt des bayerischen Spitzenduos, die Plakate hängen!

Mitte August
Beginn der Briefwahl (in Corona-Zeiten besonders wichtig)

September
Wahlparteitag, Wahlkampf-Endspurt

26. September
Bundestagswahl

Clea Doltz, Alina Oleynik, Made x Made Icons, Santana Chaiwong from the Noun Project

DER TRAUM VOM GUTEN LEBEN FÜR ALLE

Und wie wir ihn in die Tat umsetzen wollen

Saskia Weishaupt, GRÜNE JUGEND Bayern

Der Sozialstaat soll das Sicherungsnetz für alle Bürger*innen sein. Wie stark das Netz ist oder wie engmaschig, das entscheidet die Politik. Immer wieder kommt es bei der Frage um die Ausgestaltung zu Konflikten: Die einen sehen sozialstaatliche Maßnahmen eher als Kostentreiberin, die anderen hingegen als Problemlöserin und Absicherung für alle Menschen. Der Sozialstaat ist zum Glück im Grundgesetz festgeschrieben und nun liegt es an uns, diese Worthülse angemessen mit Leben zu füllen. Die zunehmende soziale Ungerechtigkeit macht es dringender denn je, Antworten zu finden. Ob Hartz IV, Europas größter Niedriglohnsektor oder explodierende Mieten – es bleibt einiges zu tun.

Aber wo fangen wir da an? Wir müssen den Mindestlohn sofort auf mindestens 12 Euro anheben, Hartz IV durch eine umfassende Grundsicherung ersetzen und Wohnen endlich als Grundrecht verstehen!

Diese konkreten Maßnahmen sind aus einer großen Utopie abgeleitet: dem Traum vom guten Leben für alle. Sozialstaatliche Maßnahmen können genau das ermöglichen und der Schlüssel sein, um das Leben für viele Menschen weitaus besser zu machen. Ja, das kostet Geld, ja, das bedeutet Umverteilung und ja, das braucht progressive politische Mehrheiten. Sozialpolitik bedeutet auch immer die Frage, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Wollen wir ernsthaft in einem Land leben, in dem jedes fünfte Kind von Armut betroffen ist, wo Mindestlöhne systematisch umgangen werden und Arbeitsbedingungen in der Pflege so belastend sind, dass dort niemand mehr arbeiten will? Ich will das nicht. Ich will, dass es uns als Politiker*innen und als Gesellschaft wichtig ist, dass alle für ihre Arbeit angemessen bezahlt werden, dass es eine Grundsicherung gibt, die tatsächlich die Existenz sichert und dass wir einsehen, dass Armut krank macht. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit ist eine Mammut-Aufgabe der kommenden Jahrzehnte. Als GRÜNE JUGEND wollen wir Hand in Hand mit starken Bündnispartner*innen für unsere Ideen kämpfen. Denn eins ist klar: So, wie es jetzt ist, darf es nicht bleiben!



Foto: Leo Patrizi, Getty Images

HIER SCHREIBT DIE LANDTAGSFRAKTION

YES WE CARE! SOZIALE BERUFE STÄRKEN.

Katharina Schulze
Fraktionsvorsitzende



Ob in der Kita, bei der Pflege von Eltern und Großeltern, der Betreuung und Förderung von Menschen mit Behinderungen, Beratung in Notlagen, Streetwork oder Hilfen zur Erziehung in schwierigen Familienphasen: Irgendwann in unserem Leben sind wir alle auf Care-Arbeit und damit auf Fachkräfte der Pflege, frühkindlichen Bildung oder Kinder- und Jugendhilfe angewiesen. Es zeigt sich einmal mehr: Menschen in sozialen Berufen sind unverzichtbar für das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Durch die Corona-Pandemie sind die großen Belastungen für unsere Fachkräfte erneut offen zutage getreten. Kurz wurde um 19 Uhr geklatscht und dann hat sich die Regierung nicht weiter gekümmert. Wir Grüne jedoch schon! Denn Care-Arbeit muss gerechter und zukunftsfähiger organisiert werden. Die Wertschätzung für diese hochprofessionellen sozialen Berufe muss auch in Euro und Cent auf dem Gehaltskonto ablesbar sein. Bei unserer hybriden Winterklausur der Landtagsfraktion haben wir uns deshalb vertieft mit der dringend nötigen Aufwertung von sozialen Berufen beschäftigt und drei sozialpolitische Konzepte verabschiedet.

Wir treten deshalb ein für
- eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung sozialer Berufe und angemessene Arbeitsbedingungen,
- Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt jenseits des Klischees der klassischen „Frauenberufe“ und
- die Sichtbarkeit von Care-Berufen als anspruchsvolle Professionen.

Damit für die Pflegefachberufe nach der Pandemie gutes Arbeiten wieder möglich wird, wollen wir unter anderem Pflegeberufe dauerhaft gut bezahlen, ihre Arbeitsbedingungen verbessern und die Ausbildung akademisieren. Bei Erzieher*innen braucht es endlich eine bezahlte Ausbildung ab dem ersten Tag und Investitionen in die Qualität der KiTas. Für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe – z. B. Sozialarbeiter-, Kinderpfleger- und Therapeut*innen und Menschen in Gesundheitsberufen sind die strukturellen Herausforderungen und Lösungsansätze ähnlich – viel Spaß beim Lesen unserer Konzepte!

Nach der Fraktionsklausur ging es weiter mit unserem Sozialkongress im März. Mit unzähligen Besucher*innen – viele selbst in Care-Berufen tätig – haben wir digital intensiv diskutiert und viel für unsere parlamentarische Arbeit mitgenommen. Wir waren uns alle einig: #statt Beifall müssen soziale Berufe konkret gestärkt werden!

Wir werden weiter kraftvolle Sozialpolitik machen und uns auf allen Ebenen für eine gerechtere und weltoffene Gesellschaft einsetzen. Dazu haben wir – ganz coronakonform – eine umfangreiche grüne Webinar-Reihe gestartet mit dem schönen Titel “Ein Netz, das trägt”. Wir freuen uns auf eure Teilnahme!

Ich finde, wenn die Regierung nicht endlich die Voraussetzungen schafft, damit Menschen diesen Berufen langfristig mit Freude nachgehen können, dann machen wir das eben. Gemeinsam arbeiten wir für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen – und erhöhen den Druck auf die Regierung. Die vielen Menschen geben mir Hoffnung, die sich unterhaken, die trotz knappen Personals jeden Tag für uns alle in der Pflege, in den Krankenhäusern, in den Einrichtungen Unglaubliches leisten und ihre hohe Expertise für uns alle zur Verfügung stellen! Unser Land braucht gerade jetzt Perspektiven, in welche Zukunft wir investieren. Wir Grüne finden, dazu muss der Dienst am Menschen mehr wert sein. Yes we care!

Unsere Konzepte, Anfragen und Anträge sowie unsere Webinare findet ihr unter www.gruene-fraktion-bayern.de

Christina Haubrich

IMPFEN ALS MITTEL GEGEN CORONA



Die Staatsregierung hat für eine verständliche Impfkampagne und eine kriterienkonforme sowie schnelle Verteilung des Impfstoffs zu sorgen. Für die Bevölkerung ist es intransparent, wie weit die Durchimpfung fortgeschritten ist und wie welcher Impfstoff verteilt wird. Berichte über Impfdrängler und Probleme mit BayIMCO verunsichern. Hier muss bei der Organisation sowie der katastrophalen Aufklärung über die Impfstoffe deutlich nachgebessert werden.

Wir brauchen eine verbesserte Kommunikationskampagne, die unmissverständlich klar macht, dass die verfügbaren Impfstoffe sicher, wirkungsvoll und das einzig verfügbare Mittel sind, die Pandemie um Jahre zu verkürzen. Die Terminvergabe sowie Impfstoffverteilung müssen transparent sein, es braucht deutlich mehr mobile Impfteams sowie mobile Impfbusse, um die Impfung der über 80-jährigen endlich zu vervollständigen.

Wir Grüne haben einige Anträge dazu eingereicht: Transparenz bei der Verteilung des Corona-Impfstoffs im Freistaat Bayern sicherstellen!; Bayerische COVID-19 Impfstrategie optimieren; Schnelle Einführung von Impfbussen: Menschen mit eingeschränkter Mobilität Impfungen ermöglichen.

So schnell wie möglich sollen Ärzt*innen Impfungen durchführen. Impfzentren müssen schnell in der Lage sein, ihre Kapazität hochzufahren. Impfen ist der wichtigste Baustein gegen die Pandemie, wir wollen keine Zeit verlieren.

Eva Lettenbauer

JUGENDARMUT BEKÄMPFEN – JUGENDHILFE STÄRKEN



Jugendarmut ist ein erstzunehmendes Problem, auch in Bayern. Im Frühjahr 2020 waren hierzulande ca. 320.000 junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren davon betroffen. Armut bedeutet Mangelleiden, geringere Lebensqualität, weniger Beteiligung, schlechtere Gesundheit und geringere Lebenserwartung.

Armutserfahrung hat langwierige nachteilige Effekte in Bezug auf den Bildungserfolg und die Berufsintegration von Jugendlichen, sie wird zudem häufig an die nächste Generation weitergegeben. Die Coronas-Krise verschärft aktuell die Situation zusätzlich.

Wir Landtags-Grüne haben ein Antragspaket „Jugendarmut bekämpfen – Jugendhilfe stärken: 10 grüne Anträge für mehr Bildungserfolg und bessere berufliche Integration“ in den Bayerischen Landtag eingebracht, das effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarmut und Stärkung der Jugendhilfe enthält.

Monitoring, gezielte Hilfen für wohnungslose junge Menschen, Ausbau der Sozialarbeit in Schulen und in der Berufswelt, mehr Unterstützung durch Mentoring, Förderprogramme und unbürokratischen Hilfen, eine Ausbildungsgarantie, Fortbildungen für Lehrkräfte, Stärkung der Jugendhilfe durch Flexibilisierung der Finanzierung und durch mehr Anerkennung: Wir bündeln Maßnahmen, die gezielt Jugendarmut in Bayern verringern und die Bildungschancen von Jugendlichen verbessern sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Claudia Köhler

HAUSHALT 2021: GELD FÜR MORGEN!



Kurz vor Ostern hat der Landtag den Haushalt 2021 für Bayern beschlossen. 20 Milliarden Euro Schulden werden 2020 und 2021 für Corona-Hilfen und zum Ausgleich für fehlende Steuereinnahmen gemacht. Das wird zukünftige Haushalte sicher einschränken.

Und doch müssen wir endlich weiterdenken. Wir brauchen eine Investitionsoffensive für Klimaschutz und Zusammenhalt und keine kleinen Einzelprojekte. Wir müssen ernsthaft in Klimaschutz, eine echte Verkehrswende und zeitgemäße Digitalisierung investieren. Der Freistaat muss sich besser engagieren für Bildung, Gesundheit und Pflege, soziale Gerechtigkeit und die Transformation in der Wirtschaft. Wenn diese Krise vorbei ist, wollen alle wieder mit voller Kraft loslegen. Und das geht nur mit intakter Infrastruktur.

Mit homöopathischen Dosen kommen wir dabei nicht weiter. Deshalb haben wir eine Klimamilliarde beantragt, finanziert mit bayerische Green Bonds. Investor*innen für grüne Projekte stehen schon Schlange. Damit können neue Strukturen und Weichenstellungen geschaffen werden, beispielsweise im Verkehr und in der Energieversorgung. Das stützt auch unsere Wirtschaft.

Und eins ist uns ganz wichtig: Gerade in und nach der Krise wird Teilhabe, das Mitnehmen aller Menschen, wichtiger denn je. Für die Demokratie, für den sozialen Zusammenhalt und damit für die Wirtschaft. #leavenoonebehind wird die Gestaltung unseres Gesellschaftsgefüges bestimmen.

Johannes Becher

KOMMUNALPOLITIK IN CORONA-ZEITEN



Auf Grund allgegenwärtiger Ansteckungsgefahren, Quarantäneregelungen und Kontaktbeschränkungen sind Präsenzsitzungen kommunaler Gremien derzeit nicht immer für alle Ratsmitglieder möglich. Die Corona-Pandemie stellt die Demokratie vor Ort vor erhebliche Herausforderungen.

Anfang März hat der Landtag einen CSU-FW-Gesetzentwurf beschlossen, der hier Abhilfe schaffen will. Es soll in diesem Jahr den Stadt- und Gemeinderäten, Kreis- und Bezirkstagen aber auch Verwaltungsgemeinschafen und Zweckverbänden ermöglicht werden, sämtliche Entscheidungsbefugnisse bis zu drei Monate auf Ferienausschüsse zu übertragen. In den Zeiten, in denen diese nicht tagen, dürfen beschließende Ausschüsse eingesetzt werden, und das für jeweils drei Monate bis zum Ende dieses Jahres. Auf Bürgerversammlungen darf 2021 verzichtet werden. Bürgerentscheide können ausschließlich als Briefwahl durchgeführt werden. Unabhängig von der Pandemielage dürfen kommunale Gremien bis Ende 2022 probeweise hybrid tagen, also gleichzeitig sowohl als Video- und Präsenzsitzung.

Der CSU-FW-Gesetzentwurf ist mit heißer Nadel gestrickt. Er geht in die richtige Richtung, hat aber einige Schwachstellen. Vor allem wirft er etliche Fragen für den Vollzug in der Praxis auf. Unsere grüne Devise ist: Wir brauchen Lösungen, die rechtssicher, transparent und vor Ort gut durchführbar sind.

Wir finden es gut, dass die Rät*innen künftig hybrid tagen können. Was jedoch passiert, wenn die Videoverbindung abbricht, dazu fehlt es im Gesetzentwurf an den nötigen Vorgaben. Auch die Übertragung von Befugnissen auf Ausschüsse ist ein Weg, Kontakte zu vermeiden und zugleich arbeitsfähig zu bleiben. Wir sehen hier allerdings die Gefahr, dass kleine Fraktionen und fraktionslose Ratsmitglieder zu lange von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden können.

Mit unseren Änderungsanträgen haben wir mehr Rechtssicherheit bei Hybridsitzungen, die Möglichkeit von reinen Videositzungen und geringere Einschränkungen der kleinen Gruppen im Rat gefordert. Da unsere Vorschläge abgelehnt wurden, haben wir diesem Gesetzentwurf unsere Zustimmung verweigert und uns im Landtag enthalten.

Dr. Sabine Weigand

DENKMALSCHUTZ ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR?



Denkmalschutz ist nachhaltig, denn für Denkmale, und meist auch für deren Sanierung, wurden in der Regel regionale sowie natürliche Materialien verbaut. Denkmalschutz ist Klimaschutz, denn die Sanierung von Denkmalen spart im Vergleich zu Abriss und Neubau zwei Drittel an „Grauer Energie". Denkmalschutz verhindert Flächenfraß, denn er trägt zur Vermeidung des „Donut-Effekts" bei – Verödung der Ortschaften im Inneren bei gleichzeitig rasantem Wachstum nach außen. Denkmale sind unsere „Fenster in die Vergangenheit" und dienen so als Basis des kollektiven Gedächtnisses der menschlichen Gesellschaft.

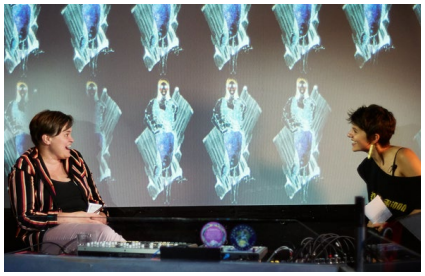
Aber ist Denkmalschutz auch ein Wirtschaftsfaktor? Ganz klar: ja! Denn Denkmalschutz schafft (regionale) Wertschöpfung. Jeder Euro an Fördermitteln, der in Denkmale investiert wird, generiert das Sieben- bis Zehnfache an Investitionen. Durch die steuerliche Förderung von Baudenkmalen werden ca. 30.000 Arbeitsplätze gesichert und es entsteht Einkommen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Verschiedenste Branchen profitieren; nicht nur Handwerk, Architektur oder Restauration, sondern auch Tourismus, Einzelhandel, Kulturwirtschaft oder Banken und Versicherungen. Der Erhalt von Denkmalen ist eine klassische Win-Win-Situation. Wir wollen die Kürzungen der finanziellen und personellen Unterstützung von Denkmalbesitzer*innen umkehren. Leider wurde nur ein Bruchteil unserer beantragten Mittel im neuen Haushalt berücksichtigt.

Aber auch die Kommunen müssen den Wert ihrer Denkmäler erkennen. Denn bei einer zukunftsweisenden Ortsentwicklung kommt es nicht nur auf „harte" Faktoren wie Straßenbau, Kindergartenbau oder Gewerbegebiete an, auch emotionale Aspekte spielen eine wichtige Rolle. „Softe" Faktoren wie Heimatgefühl, Identität, Aufgehobensein: Gerne hier leben und stolz sein auf das schöne historische Umfeld.

Erneuerung und Entwicklung müssen deshalb erfolgreich mit dem Bewahren und Vererben gewachsener Strukturen und eines historischen Baubestands vereint werden. In dieser Hinsicht führt der Denkmalschutz zu einer Stärkung der Dorfzentren und Altstädte und zu einer emotionalen Verortung der Menschen dort, wo sie leben – und stärkt noch, ganz nebenbei, die Wirtschaft.

Sanne Kurz

FRÜHLINGS-ERWACHEN DER KULTUR!?



Geschlagene zwölf Monate nach dem Erlass der Veranstaltungsverbote zeichnet sich für Künstler*innen ein Lichtstreif am Horizont ab. Die angekündigten schrittweisen Öffnungen sind überfällig, denn unsere Verfassung kennt ein Recht auf freie Kunstausübung, die Kunstfreiheit, Art. 5 GG, die der Versammlungs- oder Religionsfreiheit gleichgestellt ist. Ein Recht auf Shopping indes kennt das Grundgesetz nicht.

Wofür wir Grünen seit einem Jahr kämpfen – nämlich die Schlechterstellung der Kultur zu beenden und ihren verfassungsrechtlichen Schutz zu berücksichtigen – soll nun endlich auch in Bayern kommen. Die Staatsregierung kam damit Klagen zuvor. Oder sind die Ankündigungen wie so oft nur heiße Luft?

Viel heiße Luft zeigt sich nämlich bei der Umsetzung der versprochenen Hilfen für Kulturschaffende und Solo-Selbstständige: Selbst diese Mini-Unterstützung, die lediglich das pfändungsfreie Existenzminimum ab Oktober garantieren soll, ist unsicher. Man müsse erst eine „Überkompensation" prüfen, erfahren Antragstellende. Die Hilfe ab Januar ist noch nicht mal beantragbar – und es ist März.

Viele Kreative werden bei der Steuererklärung 2020 ihr blaues Wunder erleben: Von jedem Cent Support wollen die Finanzminister ihren Teil. Hilfe?! – steuerpflichtig. Was bleibt, ist für die meisten Kreativen zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Kulturfrühling geht anders.

Gabriele Triebel

BILDUNGS-GERECHTIGKEIT IM 2. CORONA-SCHULJAHR



Zwei Schuljahre in Folge stehen im Zeichen der Pandemiebekämpfung und belasten unsere Schulfamilie schwer. Wir Landtags-Grüne setzen uns dafür ein, dass Gesundheit, Wohlergehen, Lernen und Lehren in unseren Bildungseinrichtungen gesichert sind.

Um zielführende und umsetzbare Maßnahmen in den Bayerischen Landtag einzubringen, sprechen wir regelmäßig mit Vertreter*innen der Schulgemeinschaft – bei Grünen Schulgipfeln und vielen Einzelunterhaltungen stehen wir in einem ständigen Austausch. Diese Gespräche münden in konkrete Forderungen, denen wir einen Weg in den Landtag bahnen, als parlamentarische Initiativen oder kritische Anfragen: Bessere Test- und Impfstrategien, nachhaltigere und schnellere Digitalisierung, flächendeckende Brückenangebote, gezielte Förderung, Anerkennung als Kurzschuljahr, faire Übertrittsbedingungen, Entscheidungsspielräume für Schulen und vieles mehr.

Unsere Überlegungen gehen auch in die Zukunft. Deswegen haben wir eine Bildungsanhörung beantragt, mit der Frage, was wir Positives aus der Krise für unser Bildungssystem mitnehmen und auf Dauer implementieren können.

Als Opposition müssen wir damit leben, dass unsere Vorschläge abgelehnt werden. Dadurch, dass wir die Anliegen der Beteiligten konstruktiv weitertragen, erreichen wir dennoch viel. Daher werden wir nicht müde, aktiv zuzuhören und für bessere Bildung in Bayern zu kämpfen, während und nach der Krise.

Verena Osgyan

BAYERNS TEUERSTER MIETVERTRAG



2014 brachte der damalige CSU-Finanzminister Söder die Idee eines Deutschen Museums in Nürnberg auf. Zunächst war die Rede von acht Millionen Euro Anschubfinanzierung, diverse Standorte waren im Gespräch. Trotz vieler grüner Anfragen war aber kaum Konkretes zu erfahren.

2017 platzte die Bombe: Aus acht wurden 100 Millionen Euro Investitions- und Mietkosten über eine Laufzeit von 25 Jahren. Der teuerste Mietvertrag in der Geschichte des Freistaats, dazu am Landtag vorbei! Einmalig ebenfalls, dass der Freistaat für eine Museum eine Mietlösung wählt, statt selbst zu bauen.

Wir Landtags-Grüne sahen schon damals Aufklärungsbedarf bei diesem „finanzpolitischen Saustall". Ein Wissenschaftsmuseum für Nürnberg ist zwar gut, aber nicht nach dem Prinzip „koste es, was es wolle".

Nun wurde obendrein bekannt, dass der Vermieter des Grundstücks am Augustinerhof, der Immobilienunternehmer Schmelzer, nicht nur Ehemann der Nürnberger CSU-Bürgermeisterin Lehner ist, sondern auch nach Abschluss des Mietvertrags eine hohe Parteispende an die CSU überwiesen hat.

Wieso wurde ausgerechnet dieses Grundstück gewählt? Wie konnte es zu dem teuren Mietvertrag kommen? Wir fordern hier oppositionsübergreifend mit den SPD- und FDP-Landtagsfraktionen Aufklärung. Auf unsere Forderung hin prüft nun auch der Bayerische Oberste Rechnungshof den Mietvertrag mitsamt anderen Überwertankäufen der Söder-Regierung.

Ludwig Hartmann, Patrick Friedl

MENSCHEN IN BAYERN WOLLEN 3. NATIONALPARK!



Immer mehr Menschen in Bayern sind der Meinung: Für den Schutz und das Erlebnis von seltenen Tieren in wilder Natur sind Nationalparks unersetzlich. Eine repräsentative Umfrage hat beeindruckende hohe Zustimmungsraten unter den Bürger*innen im Steigerwald ergeben. Eine große Mehrheit von 75 Prozent der Umfrage-Teilnehmer*innen will einen Nationalpark vor der eigenen Haustür. Das zentrale Argument der Staatsregierung gegen die Ausweisung eines neuen Nationalparks in Bayern („die lokale Bevölkerung will es nicht") wird damit eindrucksvoll widerlegt.

Die Umfrage hat sich explizit an die gewandt, die im potenziellen Nationalpark-Gebiet leben: So wurden ausschließlich die Bürger*innen des Landkreis Haßberge, Bamberg (Landkreis/Stadt), Schweinfurt (Landkreis/Stadt) befragt. Quer durch alle Altersgruppen und alle Orte sehen die Bürger*innen die Vorteile eines Schutzgebiets mit überregionaler Bedeutung.

Während 2014 61 Prozent einen Nationalpark befürworteten, sind es nun 75 Prozent. In Teilen der lokalen Bevölkerung hat ein Umdenken stattgefunden: Die gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Rendite eines überregionalen Naturerbes dominiert inzwischen („Aufwertung für den Steigerwald und Franken", „mehr Tourismus/Arbeitsplätze", „Artenschutz" etc.). Negative Einstellungen und Vorurteile („bedeutet umfangreiche Betretungsverbote etc.") haben sich dagegen weitgehend verflüchtigt.

Der Steigerwald ist berühmt für seine alten Buchenwälder, sie sind hervorragende Wasserspeicher und natürliche Klimaanlagen. Die Bäume verdunsten gemeinsam Wasser und kühlen so ihre Umgebung ab. Möglichst intakte, natürliche Wälder können damit ein wesentlicher Faktor sein, um die Erdüberhitzung etwas abzupuffern.

Im nördlichen Steigerwald befindet sich einer der wertvollsten deutschen Buchenwälder, von denen nur mehr sieben Prozent der ursprünglichen Fläche übriggeblieben sind. Das belegt, wie dringlich der Schutz dieser alten Laubwälder ist. Es wird Zeit, dass Bayern als mit Abstand größtes Flächenland Deutschlands seiner Verantwortung für Natur- und Umweltschutz gerecht wird und mit einem 3. Nationalpark endlich einen weiteren „Brutkasten" für mehr Artenvielfalt schafft!

Dr. Markus Büchler

RADVERKEHR IN BAYERN: ENDLICH MACHEN!



Foto: Johannes Mairhofer

Wir wollen die Bedingungen des Radverkehrs in Bayern zu verbessern. Nicht nur Großstädte, sondern auch kleinere Städte und Orte haben ein riesiges Potenzial: Die Hälfte der PKW-Fahrten ist weniger als fünf Kilometer lang. Viele Menschen würden in Stadt und Land gerne öfter das Fahrrad nutzen, wenn die Fahrt sicher und bequem ist. Mehr Radverkehr heißt mehr Klimaschutz und mehr Lebensqualität vor Ort!

Die Staatsregierung will den Anteil des Radverkehrs bis 2025 zu verdoppeln – konkrete Maßnahmen aber fehlen! Auf unseren Antrag hin hat daher eine Anhörung im Verkehrsausschuss des Landtags stattgefunden. Ziel: Den aktuellen Stand der Radverkehrsförderung in Bayern erheben und die fachlich fundierte Bewertung von Expert*innen hinzuziehen.

Die Radverkehrsanhörung hat uns gelehrt: Der Zustand der Radwege in Bayern ist schlecht, uneinheitlich und muss verbessert werden. Sowohl die tatsächliche als auch die gefühlte Sicherheit fehlt oft und hindert viele Menschen daran, das Fahrrad zu benutzen. Wissen und Best-Practice-Beispiele für gute Radinfrastruktur gibt es schon – die Staatsregierung muss jetzt endlich in die Umsetzung kommen und die Kommunen in Bayern unterstützen.

Der intensive Austausch mit den Expert*innen aus der Verkehrsplanung, von der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) und dem Allgemeinen deutschen Fahrradclub (ADFC) Bayern hat ergeben, dass Maßnahmen dringend notwendig sind: Mehr Geld für Radinfrastruktur: Die Mittel müssen von 40 Millionen auf mindestens 250 Millionen Euro im Jahr erhöht werden. Mehr Verkehrssicherheit durch durchgängige Radverkehrsinfrastruktur und freie Sichtachsen. Mehr Fahrrad-Abstellmöglichkeiten, insbesondere an Bahnhöfen. Fahrrad-Mitnahme überall im ÖPNV. Radschnellwege: Der Freistaat muss Planung und Bau in eigener Zuständigkeit übernehmen. Schaffung von Kompetenzzentren in den Landkreisen oder Planungsregionen zur Unterstützung der Kommunen bei Konzeption, Planung, Bau und Fördermittelbeschaffung. Radgesetz für Bayern, das den politischen Handlungsrahmen und verpflichtende Mindestkriterien für Infrastruktur, Personal und Unterstützung der Kommunen definiert.



Starke GRÜNE in den kommunalen Sozialparlamenten

Was die bayerischen Bezirkstage für den sozialen Zusammenhalt leisten

Barbara Holzmann, Vizepräsidentin Bayerischer Bezirketag, stv. Bezirkstagspräsidentin in Schwaben

Was viele nicht wissen: In jedem bayerischen Regierungsbezirk gibt es ein eigenes direkt gewähltes Parlament: Das sind die Bezirkstage, die dritte kommunale Ebene in Bayern. Bei den letzten Wahlen 2018 waren wir GRÜNE sehr erfolgreich und stellen seitdem 41 Bezirksrät*innen in den sieben Bezirken.

Die bayerischen Bezirke haben vielfältige Aufgaben: Kultur und Heimat, Jugend, Umwelt und Europa. Der große Schwerpunkt liegt aber im Sozialen. Die Bezirke sind für alle Hilfen für Menschen mit Behinderung und psychischer Erkrankung zuständig. Und sie finanzieren ambulante und stationäre Hilfen in der Pflege, wenn Menschen dies aus eigener wirtschaftlicher Kraft nicht können. 95 Prozent der Ausgaben in den Bezirkshaushalten fließen in die sozialen Hilfen, in Schwaben sind das 2021 zum Beispiel 857 Millionen Euro. Die Bezirke sind Träger großer Krankenhäuser, Psychiatrien und Heime und tragen Verantwortung für viele tausend Mitarbeiter*innen und deren Arbeitsbedingungen.

Wir GRÜNE prägen die Arbeit der Bezirke dabei mit unseren Werten und Überzeugungen. Wir setzen auf Inklusion und wollen alle Menschen mit unseren Hilfsangeboten erreichen: ob jung oder alt, ob geflüchtet oder in sozialen Schwierigkeiten, mit Behinderung oder ohne, mit einer psychischen oder körperlichen Erkrankung. Und wir handeln nach dem Grundsatz: Die Hilfe muss zu den Menschen kommen. Eine niedrigschwellige, ambulante Versorgung für alle ist unser Ziel, auf das wir jeden Tag hinarbeiten. Denn wer Hilfe braucht, muss sie auch ganz einfach bekommen.

Ein Beispiel dafür sind die Krisendienste, die die Bezirke derzeit in ganz Bayern umsetzen. Gemeinsam mit vielen Betroffenen haben wir GRÜNE uns auf allen Ebenen seit Jahren dafür eingesetzt. Jeder dritte Mensch gerät einmal im Leben in eine psychische Krise. Für solche Momente steht ab dem 1. Juli 2021 unter der Telefonnummer 0800 655 3000 rund um die Uhr Hilfe bereit. Zusätzlich bauen die Bezirke flächendeckende mobile Teams auf, die Menschen in Krisen und ihre Angehörigen ambulant und zügig aufsuchen.

Foto: Lighthouse Fotografie



In Krankheit sind wir alle gleich?

Gesundheitsversorgung muss geschlechtergerecht werden

Katharina Wittig und Norbert Waibel
LAG Gesundheit und Soziales

Das Thema der geschlechterspezifischen Gesundheitsversorgung steht seit Kurzem endlich im Fokus der Öffentlichkeit. Schon lange haben wissenschaftliche Studien gezeigt, dass Männer und Frauen, aber auch intersexuelle oder nonbinäre Menschen jeweils eigene gesundheitliche Bedürfnisse haben. Und zwar nicht nur aufgrund körperlicher Unterschiede, etwa beim Hormonhaushalt, sondern auch aufgrund soziokultureller Aspekte.

Ein Herzinfarkt wird zum Beispiel bei Frauen oft erst spät erkannt, da er sich anders äußert als bei Männern: So klagen Frauen häufiger über Übelkeit und Schmerzen im Oberbauch, während der „typische" Brustschmerz bei ihnen weniger stark ausgeprägt ist. Umgekehrt stellen Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen bei Männern seltener eine Depression fest, da sich auch hier die Symptome unterscheiden. Männer sind zudem seltener bereit, Hilfe anzunehmen – oft mit schwerwiegenden Folgen.

Große Unterschiede gibt es auch bei Vorsorge und Prävention. So gehen Frauen viel häufiger zur Krebsfrüherkennung als Männer. Auch sind Männer öfters von Sucht betroffen und haben insgesamt eine kürzere Lebenserwartung.

In der Forschung gilt der männliche Körper oft als Referenz. In Arzneimittelstudien sind Frauen immer noch unterrepräsentiert und die Grundlagenforschung verwendet meist männliche Zellen. So entsteht ein verzerrtes Bild der Realität, ein „Gender Bias" – und das hat handfeste Folgen: Krankheiten werden nicht oder falsch erkannt, Medikamente zu stark oder zu schwach dosiert.

Unser Geschlecht beeinflusst also sowohl die Symptome einer Krankheit als auch den Therapie-Erfolg. Die Gender-Medizin untersucht diese Unterschiede, um so die Qualität der Gesundheitsversorgung zu verbessern. Im Februar haben wir gemeinsam mit der LAG Frauen und Gleichstellungspolitik über dieses Thema gesprochen und politische Lösungen diskutiert. Um mehr Infos über unsere Arbeit und weitere spannende Treffen zu bekommen, melde dich gerne bei unserem Mailverteiler an. Wir freuen uns auf dich!
gruene-bayern.de/lag-gesundheit



Sepp-Daxenberger-Preis 2021

Jetzt Vorschläge einreichen!

„Verändern, um zu bewahren" – unter diesem Motto verleihen wir bayerische GRÜNE alle zwei Jahre den Sepp-Daxenberger-Preis. Wir erinnern damit an unseren ehemaligen Landesvorsitzenden, Landtagsabgeordneten und ersten grünen Bürgermeister Bayerns. Sepp Daxenberger hat die bayerischen GRÜNEN stark geprägt. Im August 2010 verstarb er viel zu früh an einer Krebserkrankung. Seit 2011 zeichnen wir mit dem Preis Organisationen und Personen aus, die sich für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und unsere freiheitlichen gesellschaftlichen Werte einsetzen. Der Preis ist mit 2.000 Euro dotiert. 2019 erhielt ihn der Wackersdorf-Landrat Hans Schuierer für seinen beeindruckenden Widerstand gegen die Atomkraft. Und wer soll den Preis 2021 erhalten? Hier kannst du deinen Vorschlag einreichen: gruene-bayern.de/sepp-daxenberger-preis

Endlagersuche

Atommüll sicher lagern

Größte Sicherheit und wissenschaftliche Kriterien alleine dürfen den Ausschlag dafür geben, wo das Endlager für den deutschen Atommüll entsteht. Darin sind wir GRÜNE uns auf allen Ebenen einig. So sieht es auch das Suchverfahren vor, das der Bundestag verabschiedet hat. Die CSU will sich allerdings nicht so recht an ihren eigenen Beschluss halten. In ihrem Koalitionsvertrag mit den Freien Wählern steht stattdessen lapidar, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atommüll-Endlager sei. Ein ergebnisoffenes, wissenschaftliches Suchverfahren, bei dem die Staatsregierung schon vorher das Ergebnis kennt? Das gibt es nicht. So eine unseriöse Politik setzt das Vertrauen der Bürger*innen aufs Spiel. Wir fordern stattdessen, die Menschen in den infrage kommenden Regionen noch stärker in den Untersuchungsprozess einzubinden. Am 23. April um 19 Uhr findet dazu eine digitale Infoveranstaltung statt, bei der grüne Expert*innen für eure Fragen bereitstehen. Du bist herzlich eingeladen! Unter gruene-oberfranken.de/endlagersuche/ findest du alle Infos und hinterher auch einen Mitschnitt zum Nachschauen.



#BayernNimmtAuf

Online-Petition im Endspurt

Eine menschliche Flüchtlingspolitik in Bayern und mehr Schutz für Geflüchtete aus den griechischen Lagern – das fordern wir gemeinsam mit einem breiten Bündnis im Rahmen einer Online-Petition. Tausende Menschen haben bereits unterschrieben. Auch viele von euch haben für die Menschen in Kara Tepe und den anderen Lagern Unterschriften gesammelt. Dafür vielen Dank! Jetzt heißt es noch einmal alles geben: Damit wir den nächsten Schritt zu einem bayerischen Aufnahmeprogramm machen können, brauchen wir noch ein paar weitere Tausend Unterschriften. Jede Stimme zählt! Fallen dir Bekannte ein, die du bisher noch nicht auf die Petition angesprochen hast? Jetzt wär ein guter Zeitpunkt, das nachzuholen!
openpetition.de/!menschlichkeitjetzt

Impressum

Herausgeber*innen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bayern
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. 089/211 597-0
landesverband@gruene-bayern.de
www.gruene-bayern.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München
Tel. 089/4126-2493
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion (Landesverband)
Angela Kirschbaum (verantwortl.),
Eva Lettenbauer, Eike Hallitzky

Redaktion (Landtagsfraktion)
Lena Motzer (verantwortl.),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann

Gestaltung
Andreas Gregor,
info@andreasgregor.com

Titelbild
Zinkevych, Getty Images Plus

Druck
Dierichs Druck+Media, Kassel
Auflage: 16.900
Gedruckt auf LEIPA ultraMAG PLUS silk, FSC-zertifiziert

Datenschutz
Du hast das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung der dich betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Bitte kontaktiere uns dazu per E-Mail unter landesverband@gruene-bayern.de. Unsere ausführliche Datenschutzerklärung findest du unter gruene-bayern.de/datenschutz.

BAYERNWEITE TERMINE

Immer auf dem neuesten Stand unter gruene-bayern.de/termine



Landesdelegiertenkonferenz

Samstag, 17. April und
Sonntag, 18. April 2021

10 Uhr

gruene-bayern.de/ldk21

Sicherheit und Gesundheit gehen vor: Deshalb führen wir unseren Parteitag zur Aufstellung der bayerischen Bundestagsliste digital durch. Kandidierende stellen sich im Studio in Augsburg vor, alle Delegierten stimmen von zuhause ab. Außerdem wählen wir eine*n neue*n Landesvorsitzende*n.



Kleiner Parteitag

Samstag, 26. Juni 2021

11 Uhr

gruene-bayern.de/kpt21

Wie sieht unsere grüne Sozialpolitik für Bayern aus? Darum geht's bei unserem Kleinen Parteitag. Du bist herzlich eingeladen! Antragsschluss ist Freitag, der 11. Juni um 12 Uhr. Änderungsanträge kannst du bis zum 23. Juni um 12 Uhr hier einreichen: bayern.antragsgruen.de/kpt21
Alle Infos unter gruene-bayern.de/kpt21

35. GRIBS-Kommunalkongress

Freitag, 7. Mai und
Samstag, 8. Mai 2021

18 Uhr

www.gribs.net

Uns schmeißt so schnell nichts um! Resiliente Kommunen: wachsam, mutig, zukunftsfest
In Dörfern und Städten wird unser Alltag zuverlässig gestaltet. Aber Anforderungen verändern sich, Krisen treten auf. Es ist ein Balanceakt: zielgerichtet planen und zugleich Spielraum für Veränderung haben. Was macht Städte und Dörfer zukunftsfest und resilient? Gemeinsam finden wir dafür konkrete Ideen für Stadt und Land!

GRIBS Bildungswerk e.V. in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung e.V.

